

Zeitschrift: Energie & Umwelt : das Magazin der Schweizerischen Energie-Stiftung SES
Band: - (2015)
Heft: 2: Energie-Bonus-System

Artikel: Soziale und wirtschaftliche Gewinne dank cleverem Sparbonus
Autor: Jans, Beat
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-586305>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 19.10.2024

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Soziale und wirtschaftliche Gewinne dank cleverem Sparbonus

Die Frage der Rückverteilung wird seit Jahrzehnten ausgeblendet. Das ist der Hauptgrund, warum Lenkungsabgaben in der Schweiz nicht vom Fleck kommen.



Von **BEAT JANS***
Nationalrat SP Basel-Stadt, beat.jans@parl.ch

Als Moritz Leuenberger im Herbst 2007 die Einführung einer Lenkungsabgabe auf Treibstoffe vorschlug, lief er voll in einen Hammer. Mit fetten Buchstaben und groben Sprüchen protestierte der «Blick» tags darauf gegen die irrsinnige Benzinpreiserhöhung um 50 Rappen. In den anderen Zeitungen tönte es ähnlich. Die mediale Berichterstattung war so vernichtend, dass das Projekt schon vor seiner Geburt gestorben war. Das ist fatal, denn die WirtschaftswissenschaftlerInnen sind sich eigentlich einig, dass sich das Energie- und Klimaproblem am effizientesten und kostengünstigsten über Lenkungsabgaben lösen lässt.

Schlechte Buchhalter

Warum stossen Lenkungsabgaben auf dermassen schlechte Akzeptanz? – Die Antwort ist einfach: Weil deren Promotoren für die Betroffenen bisher nur die Kosten ausgewiesen haben, aber nie die Einnahmen (sprich den Bonus, die Belohnung für effizientes Verhalten). Als Buchhalter eines Unternehmens wären sie längst entlassen worden. Oder hat schon jemand einen Businessplan ohne Ertragsnachweis gesehen? Nicht nur Moritz Leuenberger ging so vor, auch der aktuelle Bundesrat tut es. Die Energiepreisaufschläge werden auf den Rappen genau ausgewiesen, nicht aber die Vergünstigung der Krankenkassenprämie als Folge der Rückverteilung. Und so geht der Nutzen der Massnahme in der Berichterstattung glatt unter. Kein Wunder kocht die Volksseele. Die Anliegen der einfachen Bürger werden übergangen. «Wie sollen wir denn diese Energiepreise bezahlen? Es reicht ja heute schon nirgends hin!» So poltern sie in den Leserbriefspalten. Wie sollten sie auch anders, wenn ihnen niemand vorrechnet, wie viel sie zurück bekommen. Weder im Vernehmlassungsbericht zum zweiten Massnahmenpaket der Energiestrategie 2050, noch im wissenschaftlichen Hintergrundbericht hat jemand versucht, die Rückverteilung zu quantifizieren. Es bleibt bei konfusen unausgegorenen Modellansätzen und vagen Einschätzungen.

Ökobonus – oder: Rechnen lohnt sich

Dabei lohnt es sich, die Frage der Rückverteilung genau anzuschauen. Sie zeigt, dass Lenkungsabgaben aus sozialer Sicht sehr interessant sind und erstaunlich viele Menschen davon profitieren können. Der unsägliche Begriff Lenkungs- oder Energieabgabe darf getrost mit dem Begriff Ökobonus oder Sparbonus ersetzt werden, wenn nur endlich sauber gerechnet wird.

Der Bundesrat hat verschiedene Varianten in die Vernehmlassung gegeben. Nehmen wir mal die konsequenteste. Sie schlägt vor, dass der Strom um 2,3 Rappen pro Kilowattstunde, das Benzin um 26 Rappen pro Liter und die Brennstoffe um 89 Rappen pro Liter verteuert werden. Das würde die gesamtschweizerische Energierechnung um jährlich zirka 7,5 Mia. Franken oder rund 25% verteuern¹. Für die Rückverteilung schlägt der Bundesrat ebenfalls Varianten vor: eine Ökosteu- und eine Lenkungsabgaben-Variante. Bei der Ökosteu soll die Rückverteilung über Steuer-senkungen erfolgen. Bei der klassischen **Lenkungsabgabe** fliessen die zusätzlichen Einnahmen am Staatshaushalt vorbei direkt über die Krankenkassenprämie an die Bevölkerung respektive über tiefere AHV-Beiträge an die Wirtschaft zurück². Mit ein paar groben Abschätzungen und Hochrechnungen habe ich versucht, die sozialen Auswirkungen dieser beiden Rückverteilungsmechanismen zu simulieren. Grundlage dafür bilden die Haushaltsbudgeterhebungen³.

Lenkungsabgaben sozial vorteilhaft

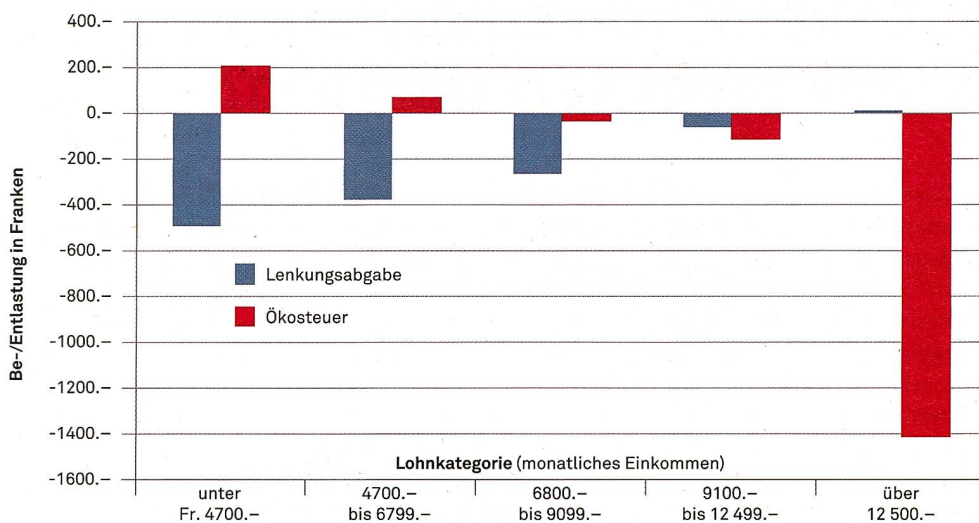
Die Resultate sind eindeutig (siehe Grafik nebenan): Während die Ökosteu eine deutliche Umverteilung zu Gunsten der höchsten Einkommen bewirkt, profitieren von der Lenkungsabgabe vor allem die Haushalte mit niedrigen Einkommen, weil sie in der Regel weniger Energie verbrauchen. Die entscheidende Grösse ist aber die Anzahl Personen pro Haushalt. Für einen Durchschnittshaushalt bedeutet der Energiepreisaufschlag Mehrkosten von rund 800 Franken. Die Rückvergütung pro Kopf macht rund 460 Franken aus. Ein normaler zweiköpfiger Haushalt profitiert somit bereits von der Lenkungsabgabe. Familien werden entsprechend stark entlastet. Und selbst ein Haushalt der höchsten Einkommensklasse profitiert, wenn er mindestens aus drei Personen besteht.

Bei diesen Zahlen handelt es sich um grobe Hochrechnungen. Entscheidend ist die Frage, wie die Aufteilung der Rückerstattung zwischen Wirtschaft und Haushalten ausfällt. Entscheidend ist auch, ob und wie

*Beat Jans ist Umweltnaturwissenschaftler. Er ist Nationalrat der SP Basel-Stadt und Mitglied der Kommission für Umwelt, Energie und Raumplanung sowie der Kommission für Wirtschaft und Abgaben.

Jährliche Be-/Entlastung verschiedener Lohnkategorien

Quelle: Eigene Berechnungen mit Daten des BFS



Jährliche Kosten, resp. Einsparungen verschiedener Lohnkategorien bei einer Schweizer Energiepreiserhöhung um 25 %, falls die Beiträge zu 50 % an die Bevölkerung zurückverteilt werden.

Lenkungsabgabe: Eine Rückverteilung über die Senkung der Krankenkassenprämie bringt tieferen Einkommen eine Entlastung.

Ökosteuer: Eine Rückverteilung über Steuersenkungen entlastet vor allem die Gutverdienenden.

viele Firmen von der Steuer befreit werden. Die Hochrechnungen zeigen so oder so sehr klar, dass die Rückverteilung über die Krankenkassenprämie für tiefe Einkommen verträglich oder gar vorteilhaft geschehen kann, was bei Steuersenkungen kaum möglich ist.

Ökosteuern politisch heikel

Neben diesen sozialen Argumenten sprechen auch politische Gründe für die Lenkungsabgabe, also für die staatsquotenneutrale Rückverteilung an die Bevölkerung. Die Ökosteuer ist heikel, weil sie die Staatseinnahmen vom Verkauf nicht erneuerbarer Energien abhängig macht. Die Vergangenheit hat immer wieder gezeigt, dass sich substanzialle Staatseinnahmen schlecht abschaffen oder senken lassen. Die Politik wird immer dazu neigen, die dreckige Energie als Einnahmequelle des Staates zu erhalten und deren Besteuerung nicht nach ökologischen, sondern nach fiskalischen Zielen auszurichten. Das ist falsch, denn Erdöl, Gas und Atomstrom sind endlich und ökologisch verheerend. Es gilt, diese zu überwinden.

Rückverteilung an die Wirtschaft

Auch bei der Frage, wie die Energieabgabe an die Wirtschaft rückverteilt wird, sollte der Bundesrat weiterdenken. Denn das zweite Massnahmenpaket der Energiestrategie führt tendenziell zu einer Bevorteilung des Dienstleistungssektors. Die produzierenden Betriebe, namentlich die energieintensiven hingegen werden tendenziell belastet. Die Schweiz hat daran aber kein Interesse. Eine Verlagerung der Industrie ins Ausland ist weder ökologisch noch volkswirtschaftlich sinnvoll. Als Antwort auf dieses Problem haben die Gesetzgeber vor, die energieintensiven Firmen vom Energiezuschlag zu befreien. Das wiederum ist schlecht für die Haushalte. Denn sie erhalten entsprechend weniger Geld zurück. Um dieses Dilemma zu lösen, wäre eine Art «Best-in-Class»-Ansatz denkbar. Ich schlage vor, die Wirtschaft

je nach Energieintensität in verschiedene Branchen zu unterteilen und die Rückerstattung mit einem entsprechenden Faktor zu gewichten. Energieintensive Branchen erhalten mehr, energiearme Branchen weniger Rückerstattung. Somit bleibt der zusätzliche Anreiz für jede Firma, die Energiekosten zu senken, hoch, ohne dass die unerwünschten Verlagerungseffekte eintreten müssen.

Populärer Stromsparbonus in Basel

Dass Lenkungsabgaben keineswegs unbeliebt sein müssen, beweist der Kanton Basel-Stadt. Er verfügt seit 1999 über eine rund 20 % hohe Abgabe auf Strom. Alle EinwohnerInnen erhalten im Gegenzug jährlich einen Bonus von rund 70 Franken. Die Akzeptanz dieses Instruments ist erstaunlich hoch⁴. Nur gerade 5 % der Bevölkerung finden diese Einrichtung gemäss einer Umfrage «weniger gut» oder «nicht gut». Das erstaunt nicht wirklich, denn den BaslerInnen ist vor allem der Bonus in Erinnerung. Sie kennen den Nutzen der Übung sehr genau und freuen sich darüber. Viele, namentlich Familien, profitieren spürbar davon. Das Instrument heisst sinnigerweise auch nicht Lenkungsabgabe sondern Basler Stromspar-Fonds. Die Basler haben eben ihre Hausaufgaben gemacht. Sie waren schon immer gute BuchhalterInnen. <

- 1 Eigene Hochrechnungen auf der Basis von Energieverbrauchsdaten der Schweizerischen Gesamtenergiestatistik.
- 2 Wobei der Bundesrat bei der letzteren Variante vorschlägt, die Höhe der Rückverteilung zu begrenzen und einen Teil dennoch über Steuersenkungen abzuwickeln.
- 3 Haushaltbudgeterhebungen (HABE) des Bundesamtes für Statistik 2009 bis 2011. Diese teilen die Haushalte in fünf gleich grosse Einkommensklassen auf (Quintile) und weisen aus wie hoch deren Ausgaben für Energie und Steuern sind. Dabei bin ich davon ausgegangen, dass rund die Hälfte der Einnahmen an die Haushalte verteilt wird, und habe abgeschätzt, dass sich die Energiepreisausgaben pro Haushalt um 25 % erhöhen und die Steuerausgaben für die natürlichen Personen um 8 % reduzieren.
- 4 BFE, Infrac September 2003 Evaluation des Stromsparfonds Basel.